

Verlagspreis
Im Stahl, Druck
nach Maßstab
verf. Nr. 270,
außerhalb des
deutschen Reichs
der
Verlagspreis
des
Verlags
Nr. 108.
Verlagspreis
des
Verlags
Nr. 108.
Verlagspreis
des
Verlags
Nr. 108.

Gebrüder 1877.



Verlagspreis
Die
Verlagspreis
des
Verlags
Nr. 108.
Verlagspreis
des
Verlags
Nr. 108.
Verlagspreis
des
Verlags
Nr. 108.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 120 | Druck und Verlag in Altensteig. | Montag, den 26. Mai. | Amtsblatt für Holzgrofenweiler | 1919.

Weitere deutsche Noten.

Das Arbeiterrecht.

Am 22. Mai sind drei von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation unterzeichnete Noten an Clemenceau abgegangen.
Die erste stellt fest, daß die alliierten und assoziierten Regierungen mit der deutschen Volksregierung einig sind, daß der Weltfriede und der Fortschritt der Menschheit von der Lösung der Arbeiterfrage abhängt. Die deutsche Abordnung ist mit den alliierten und assoziierten Regierungen über die Mittel zur Lösung dieser Frage nicht einig.
Nach der Auffassung der deutschen Volksregierung haben in Fragen des Arbeiterrechts und des Arbeiterschutzes das entscheidende Wort die Arbeiter selbst zu sprechen. Der erste Unterschied betrifft die Vertreter der Arbeiter. Nach dem Vorschlag der Verner internationalen Gewerkschaftskonferenz muß die Hälfte der stimmberechtigten Konferenzteilnehmer aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen. Demgegenüber wird den Arbeitern nach dem Friedensvertragsentwurf auf der internationalen Konferenz nur ein Viertel der Stimmberechtigung zugesprochen. Der zweite Unterschied betrifft die Rechtswirklichkeit der Beschlüsse der Konferenz. Nach den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern sollen aus dem internationalen Parlament der Arbeit internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme an dieselbe Wirksamkeit (Rechtskraft) wie nationale Gesetze haben sollen. Der Entwurf der deutschen Volksregierung übernimmt dieses Prinzip und macht die Annahme solcher Gesetze von der Zustimmung von Vierfünftel der vertretenen Nationen abhängig. Derartige Beschlüsse können aber von einer Konferenz, die auf Grund des Teiles 13 des Friedensvertrags zusammentritt, überhaupt nicht gefaßt werden, sondern nur Vorschläge, die die beteiligten Regierungen annehmen oder ablehnen können, und für diese unverbindlichen Vorschläge wird sogar noch eine Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmenden verlangt. Aber ein ohne Zustimmung der organisierten Arbeiter aller Länder nur von den Regierungen allein geschlossener Vertrag wird der Welt den sozialen Frieden nicht bringen. Die deutsche Delegation wiederholt daher ihren Antrag auf Einberufung einer Konferenz der Vertreter der Landesorganisationen aller Arbeitergewerkschaften noch während der Friedensverhandlungen. Sollte er wiederum abgelehnt werden, so ist mindestens eine Neuherung der Forderungen der Gewerkschaften aller Länder erforderlich.

Das Privateigentum im feindlichen Ausland.

Die zweite Note besagt u. a.: Die Friedensbedingungen über das Privateigentum der beiderseitigen Staatsangehörigen sind in erster Linie von dem Bestreben der Ententeeregierungen diktiert, das gesamte in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Privatvermögen als eine einheitliche Masse zu behandeln, aus der sowohl die Privatforderungen ihrer Staatsangehörigen, als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegsschadung befriedigt werden sollen. Die deutsche Delegation sieht sich zu der Erklärung verpflichtet, daß ihr die vorgeschlagene Regelung grundsätzlich unannehmbar erscheint, da sie mit den elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens im Widerspruch steht. Die vorgeschlagene Verwendung deutschen Privateigentums im Ausland läuft auf eine derartig weitgehende Konfiskation von Privatbesitz hinaus, daß eine allgemeine Erschütterung der Grundlagen des internationalen Rechtslebens die Folge sein muß. Eine Reihe von Bedenken würde dagegen dadurch beseitigt werden, daß der Grundsatz der Gegenseitigkeit Anwendung fände, wie er dem Geiste des Völkerrechts entspricht. Im übrigen wäre mündliche Beratung erforderlich.

Wieder eine böhmische Ablehnung.

Clemenceau sagt in seiner Antwortnote auf die Note des Grafen Brodorski-Randau vom 13. Mai über die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrags, daß die Darlegungen der deutschen Abordnung ganz ungenügend und fast übertrieben seien.
Die deutsche Note erklärt einleitend, daß die bedeutenden Kraftquellen Deutschlands vor dem Kriege zur Deckung der Bedürfnisse einer Bevölkerung von 67 Millionen Einwohner nicht genügt. Aber die Bevölkerung Deutschlands wird jetzt etwa um 8 Millionen Seelen verringert werden.

Die deutsche Note sagt darüber, daß man von Deutschland die Abtretung seiner vorhandenen oder im Bau befindlichen Handelsflotte, sowie ein Vorkredit auf keine Schiffsbauten verlangt. Die Note erwähnt jedoch nicht, daß man Deutschland einen Teil seiner kleineren Schiffe überläßt. Das Opfer seiner großen Handelsflotte ist die notwendige Sühne, weil es in den letzten zwei Jahren des Kriegs allem Brauch und allen Gelehen zum Hohn einen erbarmungslosen Feldzug gegen die Handelsflotte der Welt geführt hat. Als teilweisen Ersatz der verendeten 12 750 000 Tonnen beabsichtigt man, 4 Millionen Tonnen deutscher Schiffe zu nehmen. Diese Schiffe stellen weniger als ein Drittel der Tonnage dar, die zerstört worden ist.

Die zollfreie Einfuhr der Kartoffeln ist für 3 Jahre vorgelesen. Die Lage ist die gleiche für die Phosphate, die Deutschland vor dem Kriege einfuhrte und die es auch nachher weiter einführen kann. Deutschland wird weiter ein Viertel seiner Kohlenproduktion verlieren, aber diese Kohle kommt aus übertragener (d. h. weggenommenen) Gebieten, und es bleiben Deutschland 80 Millionen Tonnen Braunkohle. Außerdem wird die Kohlenproduktion in den nicht „übertragenen“ Gebieten, die vor dem Kriege gewachsen ist, noch weiter wachsen. Ferner muß man in Betracht ziehen, daß Deutschland die durch die planmäßige Hervorbringung in den Kohlenbergwerken Nordfrankreichs hervorgerufenen Ausfälle decken muß. Wenn Deutschland gezwungen ist, Eisen und Zink einzuführen, so befindet es sich in derselben Lage wie viele andere Länder. Die Darlegungen der deutschen Note über die Zukunft der deutschen Industrie sind sehr übertrieben und rechnen nicht damit, daß das durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Unglück allgemein ist. Die deutschen Voraussetzungen über die zukünftige Bevölkerung sind zweifelhaft, und wenn Deutschland von den Verlusten spricht, die es nach dem Kriege an der Bevölkerung erleiden wird, so vergißt es die viel beträchtlicheren Verluste, die die Alliierten infolge seines Angriffs erlitten haben. Uebrigens beruht die Zahl der Verluste, die durch die Blockade verursacht sein sollen, auf bloßen Vermutungen. Ein Land kann auch ein großes Industriegebiet sein, wenn es nicht selbst seine Rohprodukte erzeugt. Dasselbe ist der Fall bei England. Außerdem ist das deutsche Gebiet nie unter Plünderungen und Verwüstungen. Die unerschöpflichen Quellen, die ihm bleiben, vereint mit seiner Ausfuhr, müssen für seine Wiederaufrichtung und Entwicklung genügen. Die Herabsetzung der militärischen Rüstungen wird diese Wiederaufrichtung erleichtern.

Die Note schließt: In dem ungeheuren Weltunglück ist der Anteil, den Deutschland auf sich nehmen muß, an seiner Schuld und nicht an seinen Kräften zu bemessen. Die Nationen Europas werden lange an einer beinahe zu schweren Last zu tragen haben, die ihnen durch den deutschen Angriff auferlegt worden sind. Es ist gerecht, daß Deutschland, das dieses Elend verursacht hat, es im vollen Umfang seiner Mittel wieder gutmacht. Seine Leiden haben nicht ihre Ursachen in den Friedensbedingungen, sondern in den Taten derjenigen, die diesen Krieg hervorgerufen und verlängert haben. Die Urheber des Kriegs dürfen den gerechten Folgen nicht entgehen.

Ein finanzieller Völkerbund.

Der „Manchester Guardian“, der als Sprachrohr Lloyd Georges gilt, bejourniert die Gründung eines finanziellen Völkerbunds als Ergänzung des eigentlichen Völkerbunds, um die Einkünfte aller Völkerbundmitglieder zu gemeinsamen Beständen zu verbinden. Diese neue Einrichtung müßte vor allem dafür eintreten, einen Ersatz für die internationalen Schulden zu schaffen, um den weniger kreditfähigen Schuldnern Erleichterungen zu ermöglichen. Auf allen Weltmärkten müßte eine Anleihe ausgedeutet werden, die von allen Staaten garantiert würde. Dazu müßten die Vereinigten Staaten Kredite von 50 Milliarden Franken beisteuern, Großbritannien ebensoviel, ferner Frankreich, Japan und die skandinavischen Länder kleinere Summen. Jeder Staat erhält für seinen Beitrag einen entsprechenden Teil von Schuldverschreibungen der Weltanleihe. Die jährlichen Zinsen betragen zu 4 v. H. gerechnet und 1 v. H. Abschreibung bei 125 Milliarden Franken Anleihe 6 250 000 Franken. Dieses Erträgnis dürfte aber nicht im Verhältnis ihrer Schulden aufgeteilt werden, die Aufteilung vielmehr im Verhältnis der Zahlungsfähigkeit jedes Schuldners erfolgen. Länder, die einen festen Kredit und wachsende Einnahmen besitzen, wie England, und

Länder, die enorme Verluste im Kriege gemacht haben, wie Amerika, müßten von dem Völkerbund eingeladen werden, in bestimmten Verhältnissen zur Festigung der internationalen Finanzen beizutragen.

Dieses Projekt bedeutet, wenn es ernst genommen wird, daß England in finanzieller Hinsicht einlecken möchte und den finanziellen Ruin Deutschlands, dem es im Friedensvertrag zustrebt, hintanhalten möchte. Deutschland besitzt ein ähnliches Projekt seit langem, das England und Amerika bekanntgegeben wurde. Ob diese ihm jetzt zugänglich werden, bleibt abzuwarten.

Rundgebung der evangelischen Kirche.

Der Deutsche ev. Kirchenausschuß als Vertretung der ev. Kirchen Deutschlands hat eine Rundgebung zu den Friedensbedingungen an das Auswärtige Amt gerichtet, in der es u. a. heißt:

Eine große Zahl deutscher evangelischer Gemeinden, Millionen evangelischer Christen sollen gegen ihren Willen, ja ohne auch nur gehört zu werden, von ihrem Mutterlande losgerissen und damit auch in ihrem kulturellen und religiösen Leben auf das empfindlichste beeinträchtigt werden.

Das Selbstbestimmungsrecht wird einer großen, geistig hochentwickelten Nation auf dem Gebiet ihres inneren Lebens, in der Betätigung religiöser Freiheit, verweigert. Den verbündeten Mächten wird das Recht zuekannt, auch den deutschen Kirchengemeinden der Schutzgebiete und des Auslands ihren Besitz, ihre Gotteshäuser, ihre Schulen und Wohlfahrtsanstalten zu nehmen und als Besondere auszuweisen.

Derartige Bedingungen dürfen unter christlichen Völkern die Grundlagen eines Weltfriedensvertrags nicht bilden.

An das Auswärtige Amt richtet deshalb der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß die dringende Bitte, mit größtem Nachdruck auf eine gründliche und geordnete Erörterung dieser Frage hinzuwirken, und zwar unter Zuziehung von Sachverständigen.

Neues vom Tage.

Die Reichsregierung zu der Gebietsabtretung.

Berlin, 25. Mai. Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ erfahren, daß die Reichsregierung an dem Besitz des Industriegebiets von Oberschlesien und an der Saar unbedingt festhalten wolle, während sie der ost- und westpreussischen sowie der polenfrage, die fast ausschließlich landwirtschaftlichen Charakter hat, weniger Gewicht beilege. Doch sei sie bestrebt, für diese Gebiete wenigstens auf der Forderung der Volksabstimmung zu bestehen.

Berlin, 25. Mai. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet über den oberschlesischen Freiheitskampf: Die über das ganze Land gehende, alle Kreise, Berufe und Landesteile ergreifende Empörung gegen den uns zugewiesenen Gewaltfrieden beweist den geschlossenen Willen des deutschen Volks, daß eine Regierung, die auch nur mit dem Gedanken, dem Volk die Annahme dieser Friedensbedingungen zuzumuten, spielen würde, zur selben Stunde von der öffentlichen Meinung weggejagt würde. Die bedrohten Landesteile würden überdies in einem solchen Fall zur Selbsthilfe greifen.

Ein Aufruf des Gewissens.

Berlin, 25. Mai. Im Sinn der deutschen evangelischen Geistlichkeit und in Bezug auf frühere Verbindungen mit englischen Geistlichen hat D. v. Drpan der einen Brief durch Vermittelung eines hohen neutralen Geistlichen dem (protestantischen) Erzbischof von Canterbury zugehen lassen, worin er die Frage stellt, ob der Erzbischof ein Wort des Protestes oder der Mißbilligung gegen das aller Zivilisation, aller Humanität, allem christlichen Empfinden ins Gesicht schlagende Verfahren der englischen Regierung bezüglich der Hungersblockade gefunden habe.

Die Lage in der Pfalz.

Berlin, 25. Mai. Der Regierungspräsident der Pfalz, v. Winterstein, der dem Putschversuch der „Ausrufung der Pfälzischen Republik“ entschieden entgegengetreten ist, wurde gleichfalls von den Franzosen verhaftet, und, wie der Bürgermeister von Landau, über den Rhein abgeführt. Am Sonntag soll die Republik aufs neue ausgerufen und die Beamten gezwungen werden, der neuen Regierung, die aus den 21 Herren von Landau gebildet werden soll, den Treueid zu leisten, was



Von den Beamten mit Ausnahme des Oberpostdirektors Straßer verweigert wird. Die französischen Behörden haben die „Republik Rheinpfalz“ bereits anerkannt.
Mannheim, 25. Mai. Der Befehlshaber der 8. französischen Armee, General Gerard, macht in einem Aufschlag in der ganzen Pfalz bekannt, es sei dem Generalkommando zur Kenntnis gekommen, daß Landauer Bewohner (die 21 Hochverräter, D. Schr.) wegen ihrer Dürrenigung zu Frankreich von deutschen Beamten Ungelegenheiten haben erfahren müssen. Das sei ein Mißbrauch der Amtsgewalt (!), ein Verstoß gegen die Befehle des Marschalls Hoch und unpassend gegenüber dem wohlwollenden Frankreich. Die französische Militärbehörde habe es stets vermieden, irgendeine politische Beeinflussung auszuüben. (!) Daher werde die Militärbehörde gegen jene Beamte geeignete Maßnahmen ergreifen, um die „rechtschaffenen Bürger“ zu beruhigen.

Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 25. Mai. Auffallend ist das Verhalten der Pariser Presse, die Stellungnahme der Unabhängigen Sozialisten in Deutschland zum Friedensvertrag herauszufahren. Die Versicherungen der Presse erinnern in gewissem Maße an den Feldzug, den die ganze Entente-Pressen in den Kriegsjahren führte und in dem sie immer wieder erklärte, wenn Deutschland Revolution gemacht und seine schuldigen Führer und die Militärkräfte gestürzt habe, dann werde man mit dem deutschen Volk über den Frieden reden können. Jetzt erklärt die Presse, daß allein die Unabhängigen Deutschlands eine vernünftige Sprache führen. Wie damals die Entente gewünscht hatte, durch eine deutsche Revolution die Kraft der deutschen Armeen zu brechen, so wünscht sie wohl auch heute nur, daß der Friede infolge von Zunahme der unabhängigen Strömung in Deutschland unterzeichnet werde. Besonders kennzeichnend ist, daß die „Humanität“ und andere sozialistische Blätter zwar gegen den Gewaltfrieden protestieren, aber von einer Tot dagegen nichts wissen wollen.

Verst, 24. Mai. (Havas.) Der Dampfer „George Washington“ ist hier eingetroffen.

London, 25. Mai. „Daily News“ melden: In den Kreisen der Konferenz nimmt die Ueberzeugung zu, daß an dem Vertrag erhebliche Änderungen vorgenommen werden müssen, ehe von der endgültigen Unterzeichnung die Rede sein kann. Der Vertrag werde zweifellos abgeändert werden.

Paris, 25. Mai. Der Vorsitzende der österreichischen Friedensabordnung besagte sich bei Clemenceau, daß in dem Friedensschluß außer der Prüfung der Vorkonferenzen noch nichts geschehen sei, obgleich die Abordnung schon seit dem 14. Mai in St. Germain weilte.

Der Krieg im Osten.

Helsingfors, 24. Mai. In Petersburg und Umgebung ist ein großer Brand mit heftigen Explosionen beobachtet worden. Man glaubt, daß die Bolschewisten, durch den Vormarsch der Cshländer in die Enge gedrungen, Munitionsdepots in die Luft fliegen ließen. Es verlautet, daß die Bevölkerung sich gegen die Bolschewisten erhoben habe.

Berlin, 25. Mai. Wie es scheint, ist Oberleutnant Vogel mit Hilfe des Leutnants Lindemann von Jüterbog aus mit einem Flugzeug vermutlich nach Holland geflohen.

Die Reaktion gegen den Bolschewismus.

Budapest, 25. Mai. Der „Pester Lloyd“ meldet, die Gegenregierung in Szeged in Gehe gegen den Kommunismus rücksichtslos vor. Ein Mitglied der kommunistischen Ortsregierung sei zum Tod des Erschießens

und ein Arbeiterführer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

Streik des „Deichbunds“?

Kopenhagen, 25. Mai. „Politiken“ meldet aus London, der Vollzugsausschuß des englischen Gewerkschaftskongresses (Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter) habe unter Androhung des Generalstreiks von der Regierung die Einstellung der Einmischung in Rußland und die Aufhebung der Postzölle gegen Deutschland verlangt. Die Antwort der Regierung sei nicht befriedigend gewesen.

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 24. Mai.

Präsident Kell eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr. Bei der ersten Beratung des 4. Nachtrags zum Haushalt für 1918 für Feuerungsanlagen an Beamte und Pensionäre erklärte

Finanzminister Piesching, die vorgeschlagene Erhöhung sei bedingt durch die Lohnerhöhungen bei den Arbeitern; man müsse sich aber darüber klar sein, daß diese Löhne nur kurze Zeit bezahlt werden könnten, obgleich er sich bemühen werde, durch äußerste Erhöhung der Steuern die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung genehmigt. In der Schlußabstimmung wird der Entwurf einstimmig angenommen, ebenso eine von allen Parteien eingebrachte Entschleunigung, die Regierung möge allen invaliden und pensionierten Angestellten die gleichen Verbesserungen zukommen lassen.

Zu den drei Anträgen Bazzile und Gen., Zethin und Gen. und Piana und Gen. über die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers liegen drei Anträge des staatsrechtlichen Ausschusses vor.

Abg. Wolff (D.D.P.) wendet sich zunächst gegen den Antrag Zethin zur Auslieferung, der von Ausschuss einstimmig abgelehnt worden ist. Die Feststellung der Schuld am Krieg ist Sache der objektiven Geschichtsschreibung.

Abg. v. Kienle (Z.): Der Antrag Zethin scheint uns unvereinbar mit dem politischen Vstrecht. Dagegen werden wir dem Antrag B des Ausschusses zustimmen, weil wir das Verlangen nach einer Klarstellung der allgemeinen Kriegsurachen für gerechtfertigt halten.

Abg. Haschka (D.D.P.): Deutschland muß eingestehen, daß es die Schuld trägt und daher tue für die Fehler, die es gemacht hat. (Pfeiferei.)

Abg. Hohenzollern (Soz.): Das Vstrecht der Staaten darf nicht angefaßt werden. Dem Antrag, daß Deutschland sich unter allen Umständen der Auslieferung widersetzen soll, können wir nicht zustimmen.

Abg. Haubmann (D.D.P.) weist darauf hin, daß der Verband neuerdings auch die Auslieferung ganzer Staaten verlange. Der „Tempo“, das offizielle Blatt der französischen Regierung, habe ausdrücklich die Pfalz und Württemberg genannt. In der Pfalz ist der Versuch an der Treue der Pfälzer gescheitert, und in Schwaben wird man weder durch verstärkte Leiden, noch durch Versprechungen und Vergünstigungen dazu bringen, ihrer geschichtlichen Sendung untreu zu werden. Wie sind jederzeit zu einer objektiven Untersuchung der Schuldfrage bereit, weil wir das gute Gewissen haben, daß die Schuld der anderen mindestens ebenso groß ist. Der Verband hat von jeher darauf geachtet, daß die Gleichberechtigung dem heimlichen Bundesgenossen sei und daß er mit Hilfe derselben den Friedensvertrag durchdrücken könne, wenn die Unabhängigen mit Aufständen drohen. Für jetzt ist aber das Wichtigste, daß dem Gedanken der Treue der Schwaben zum Reich einmütiger Ausdruck gegeben und ihm von keiner Seite widersprochen wird.

Staatspräsident Blas: Wenn kein Friede zustande kommt, ist es möglich, daß die Frage auf die lange Bank geschoben wird. In jedem Falle wird die Regierung bemüht sein, die hier gefaßten Beschlüsse als Auffassung des württ. Volks bei der Reichsgewalt zu vertreten.

Es tritt hierauf eine Pause von einer Viertelstunde ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird sofort zur Abstimmung geschritten und der Antrag Zethin und Gen. mit allen gegen zwei Stimmen (Hornung und Zethin) abgelehnt. Der Antrag des Ausschusses unter Ziff. 2 lautet: die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß Deutschland

1. einem völkerrechtswidrigen Verlangen des Verbands zur Auslieferung des früheren deutschen Kaisers mit aller Entschiedenheit entgegentritt;

2. bei den Friedensverhandlungen die Einwirkung eines Arminialgerichtshofs aus parteilichem Akkord zur Aburteilung von Deutschen grundsätzlich ablehnt.

Abg. Haubmann (D.D.P.) beantragt hierzu, statt der Worte des früheren deutschen Kaisers „zu jagen, von Deutschen“ Abg. Ströbel (D.D.P.) widerlegt diesen Antrag, da dies eine laienhafte Äußerung bedeute. Er beantragt zu jagen: von Deutschen, insbesondere des früheren deutschen Kaisers.

Dem Antrag wird Folge gegeben gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen und eines Teils der Deutschen dem. Partei; mit der Änderung Ströbel wird hierauf dem Antragsantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen zugestimmt.

Ueber den Antragsantrag 3 erfolgt auf Antrag der Bürger, namentliche Abstimmung. Der Antrag lautet: „Die Württ. Regierung wolle bei der Nationalversammlung und dem Staatenausschuß auf eine Klarstellung der Ursachen des Kriegs, sowie darauf hinwirken, daß, falls ein strafrechtliches Vergehen eingetretener Personen nachgewiesen wird, diese, soweit sie verurteilbar sind, zur Rechenschaft gezogen werden.“

Die Bürger stimmte geschlossen gegen diesen Antrag; der Abstimmung enthielten sich die Abg. Lamparter (D.D.P.), Frau v. Soden (Z.) und Bauer (Z.). An der Abstimmung hatten sich nur 88 Mitglieder beteiligt.

Präsident Kell stellt fest, daß da Zweidrittel der Mitglieder anwesend sein müssen, der Beschluß unzulässig ist. Die Abstimmung muß also später wiederholt werden.

Bei der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten anheimgegeben.

Amliches.

Zulassung des Kleinverkehrs mit Speisekartoffeln.

Laut Erlass der Württ. Landeskartoffelstelle Stuttgart Nr. 3310 vom 19. Mai d. J., werden mit Zustimmung des Ernährungsministeriums nachstehende Anordnungen getroffen.

1. Ab 1. Juni d. J. steht den württembergischen Kartoffelverbraucher die Befugnis zu, auf den Kopf seiner versorgungsberechtigten Haushaltungsangehörigen zwanzig Pfund Kartoffeln aller Größe innerhalb oder außerhalb des Kommunalverbandes seines Wohnortes von einem Erzeuger oder einem sonstigen Kartoffelbesitzer unmittelbar zu erwerben.

2. Der Verband bedarf der Genehmigung. Die Verbandsgenehmigung wird auf Antrag des Verbrauchers unter Verwendung der von der Landeskartoffelstelle Verwaltungsabteilung ausgegebenen Vorbrücke (Verbandsmarken) von dem Kommunalverband des Verbrauchers oder von dem diesem Kommunalverband bestimmten Stellen ohne Prüfung des Bedürfnisses mit Beschränkung auf 20 Pfund für den Kopf eines jeden versorgungsberechtigten Haushaltungsangehörigen des Antragstellers erteilt.

3. Vor der Abgabe der Verbandsmarken ist aus dem Lebensmittelausweis des Antragstellers oder der Haushaltungsliste die Zahl der versorgungsberechtigten Haushaltungsangehörigen festzustellen. Wird dem Antrag entgegen, so ist der Gesamtbezugswert der abgegebenen Verbandsmarken in dem genannten Ausweis bezw. der Liste vorzumerken. Werden Verbandsmarken zunächst nicht für die gesamte nach der Kopfzahl der versorgungsberechtigten und der Kopfmenge von 20 Pfund statthafte Bezugsmenge gelöst, so ist ein späterer weiterer Antrag bis zu der zulässigen Obergrenze zu berücksichtigen. Weitergehende Anträge sind zurückzuweisen bezw. entsprechend zu fügen.

4. Die Verbandsmarken sind nur für Eisenbahnbeförderung gültig. Sie werden von dem Kartoffelbesitzer dem Begleitpapier (Frachtbrief, Güllfrachtbrief, Eisenbahnpapetaktische für Ggprchungen) aufgelegt.

Soll die Beförderung der Kartoffeln als Traglast oder mit der Kasse (Landshurwerk, Handwagen) erfolgen, so ist auf den Verbandsmarken von der Ortsbehörde des Lieferungsorts zuvor der Beförderungstag unter Befestigung des Amtsstempels einzutragen.

Ihr nicht helfen. Es ist einmal Menschenlos, zu dulden und zu entbehren.

Immer tiefer spannt sich der Einsame in seine Gedankenwelt ein und immer ruheloser wandelte er, Zeit und Gegenwart vergessend, umher, bis es ihm plötzlich zu Mut war, als wankte der Boden unter seinen Füßen. Rochte es nun körperliche oder seelische Ueberanstrengung sein, es überfiel ihn ein Schwindel und, von einem Möbel zum andern tastend, wollte er in sein Schlafgemach, wo er, in Schweiß gebadet, auf sein Ruhebett sank. Er fand nicht einmal mehr die Kraft, die Klingel zu berühren, seine Augen schlossen sich und in halber Bewußtlosigkeit lag er in nächster Nähe der hohen, weißgeputzten Fenster.

So fand ihn der treue Diener eine Stunde später. Beforgt schaute er in das bleiche Gesichtsantlitz. Eben wollte er eine Decke über seinen Herrn breiten und dann schnell die Kommode rufen, als der Graf die Augen wieder aufschlag und aufzustehen verlangte. Mühsam erhob er sich, es war ihm so seltsam schwer in den Gliedern und benommen im Kopf. Und kaum hatte er ein paar Schritte getan, als er einen angstvollen Schrei ausstieß. Ein schmerzhafter Ruck war durch seinen Körper gegangen, der sich von den Hüften bis zu den Füßen fortsetzte. Blühlich verlor der Graf sein neues das Gleichgewicht und stürzte zu Boden.

Der Diener lief laut um Hilfe, und wenige Minuten später brachte man den Schloßherrn zu Bett. Er hatte die Besinnung völlig verloren, das Herz schlug kaum noch hörbar. In dieser trostlosen Verfassung fand ihn Anneliese, der selbst das Herz zum Sterben schwer war, die aber nun rasch alle nötigen Anordnungen traf und in fliegender Hast den Wagen zum alten Arzt des Hauses sandte.

Sobald es nur die übliche Besuchsstunde erlaubte, war Egon an jenem Vormittag bei den Damen Wolters erschienen und mit großer Freundlichkeit empfangen worden. Frau Wolters verstand es, über die anfangs ein wenig peinliche Situation mit Gewandtheit hinwegzukommen. Als dann die Klingel an der Adentür gling, eilte die Dame, sich entschuldigend, hinaus, um ihre Kunden zu bedienen.

Fortsetzung folgt.

Selbst geschmiedet.

Roman von A. v. Trostedi.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Wie einer zwingenden Notwendigkeit folgend, hatte sie ihr Bekenntnis hervorgepredigt, ohne Ueberlegung, nur der Umgebung des Herzens gehorchend.

Der Graf legte die erlöschene Zigarette auf einen Neben Tisch.

„Von wem sprichst du?“ fragte er langsam, „wen liebst du?“

„Reinhold Schellen!“ Jubelnd kam sein Name über ihre Lippen, und dann sog sie auf den Ohren zu und legte den feinen Kopf demüthig dütend an seine Brust. „Sag nicht nein, liebster Onkel, ich — ich, ich bin so unendlich glücklich in dieser Liebe, sie trägt empur in ein Paradies — bitte, bitte, oh — ich liebe dich an —“

„Das ist Wahnsinn, Anneliese!“ Er hatte sich energisch von ihrer Linarmung befreit und stand nun kalt und gemessen vor ihr. „Ich glaube, ich könnte zu dir wie zu einem erwachsenen Menschen sprechen, und es ist mir unverständlich, wie dein überspannter Sinn sich an einem Bob, einem beliebigen Fremden gependet, entflammen kann.“

„Das würde auch nie geschehen. Ueber Onkel, aber ich habe Reinhold schon vor längeren Wochen gelobt, die Seine zu werden. Den Eindruck, welchen du heute hastest, empfing auch ich bei meiner ersten Begegnung mit ihm.“

„Also hinter meinem Rücken —? Und das tatest du?“ Die Augen des Grafen schienen sich zu vergrößern, sie sprühten Wille. „So habe ich mich auch in dir getäuscht, du undankbares Geschöpf. Und so sage ich dir: Fort aus meinen Augen! Wage es nicht eher wieder vor mich zu treten, als bis du dich entschlossen hast, nach meinem wophermogenen Willen zu handeln!“

„Onkel, lieber Onkel!“ —
Der Graf streckte die Rechte aus, sie zitterte.

„Es bleibt bei dem, was ich gesagt habe. Nichts dich danach. Zu deinem eigenen Heil will ich hoffen, daß du bald zur Besinnung kommst.“

Er ging, und auch Anneliese verließ mit wankenden Schritten das Zimmer, die Bergweisung im Herzen. Sie wußte, daß der Graf Nordburg seinen starren Sinn kaum jemals ändern würde.

Was nun? Bergeblidh kann sie auf einen Ausweg. Nur das eine wußte sie: Ihr Lebensglück starren Vorurteilen zum Opfer zu bringen, dazu war sie nicht fähig.

4. Kapitel.

Graf Harold hatte sich in den Ahnenaal begeben und dort seine ruhelose Wanderung fortgesetzt. Bisweilen blieb er vor den Ahnenbildern stehen und sah forschend in die oft überraschend lebensvoll gezeichneten Züge seiner Vorfahren. Er kannte die wechsellöbliche Geschichte jedes einzelnen fast auswendig. Aber aus den reichvergoldeten Rahmen sahen nur kalte Gesichter auf ihn nieder. Was jene Menschen auch in Freud und Leid bewegt haben mochte, sie verbarren es hinter die Maske kalter Unnahbarkeit.

Und so mußte es sein! Nur bei unbedingter Energie bis zur Selbsterleuchtung war es möglich, den Schild der Ehre der Menge gegenüber festzusetzen zu beharren. Was immer auch in engen Kreise der Familie sich abspielen mochte, es ging nur diese an. Vor der Welt die Innengeschichte des Hauses und des eigenen Ja zu verschließen, war nur recht und billig. So mancher von ihnen hatte sein rebellisches Herz bezwingen müssen. Und auch Anneliese mußte es lernen. Sie war eine Nordburg. Und zur Besinnung gekommen, würde auch sie ihren Stolz wiederfinden, der die Heirat mit einem Bürgerlichen verbot.

Freilich, leid tat ihm das arme Kind. Er trug mit an ihrem Schicksal; hatte er es doch nicht an sich selbst erfahren, wie weh es tut, Glück und Sehnsucht des Herzens einjagen zu müssen!

Und dieser Bürgerliche, sein Ja sei, er war ein ganzer Mann, dem der Adel der Besinnung tief im Herzen lag und seine Handlungen bildierte. Die Frau, welche er liebte, würde glücklich, beneidenswert sein, von seinem Stolz und seiner Kraft behütet. Aber es durfte nicht sein.

Der Graf senkte tief auf. Wie bitter sie wohl leiden mochte, seine Anneliese, sein Weib; und doch konnte es



Stadt Altensteig.

Verkauf von Nadel-Stammholz

im schriftlichen Auftrage

aus Dargenberg, Priemen, Gatzwald 1364 Zi. u. Za., 27 Jo. mit 10 Jm. I., 47 II., 105 III., 117 IV., 203 V., 48 VI. Kl. Langholz und 1 I., 5 II., 13 III. Kl. Sägholz. Schriftliche Angebote, verschlossen, mit der Aufschrift „Gebot auf Stammholz“ bis

Samstag, den 7. Juni d. Js., nachm. 2 Uhr an das Stadtschultheißenamt. Losverzeichnis liefert die städt. Forstverwaltung.

Stadt Altensteig.

Am Freitag, den 30. ds. Mts. kommen zum Verkauf um 4 Uhr nachm. bei der Priemenhütte

28 Lose Reifig (Stangen)

aus Priemen und Ranzel, um 5 Uhr im Adler in Fänsbronn

24 Lose Streu

aus Gatzwald 7 Mühlhalbe. Um 6 Uhr werden dort die

Kulturlohne ausbezahlt.

Holz-Verkauf.

Aus dem Waldteil des Herrn Oberamtmanns von Gulat „Fuchsmetzwald“ auf Markung Göttesingen sollen verkauft werden:

7	Stämme II. Klasse	mit 11,05 Festmeter
22	„ III. „	„ 18,15 „
41	„ IV. „	„ 19,94 „
66	„ V. „	„ 18,38 „
22	„ VI. „	„ 3,19 „

Liebhaber für dieses Holz wollen mir ihre Gebote bis spätestens **29. ds. Mts.** nach Prozenten der Richtpreise und unter Zugrundelegung der staatlichen Kaufbedingungen stellen.

Forbach (Baden) den 22. Mai 1919.

Stephani, Forstmeister.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Tieferschüttert geben wir Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere treu-besorgte Mutter, Tochter und Schwester

Elise Enßlen, geb. Großhans

nach kurzer, schwerer Krankheit unerwartet im Alter von 39 Jahren gestorben ist.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
der Gatte:

Martin Enßlen mit seinen 4 Kindern.

Beerdigung Dienstag mittag 2¹/₂ Uhr.

Altensteig.



Schönste Norweger Salz-Heringe

und

Marinierte Heringe

per Stück 60 Pfz.

frisch eingetroffen bei

Ehr. Burghard jr.

Altensteig.

Neu eingetroffen:

Tapeten

in schöner Auswahl, sowie

Briefmappen

Geldscheintaschen

und

Portemonnaies

in echt Leder.

H. Ottmar

Sattler und Tapetier.

5-6000 Mk.

werden gegen Sicherheit

aufzunehmen gesucht.

Von wem? sagt die Exp. d. Bl.

Ein ordentliches, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt für

sofort gesucht.

Frau Gutsbesitzer Dingler
Calw.

Nachtbücher

für Gasthöfe u. Pensionen nach neuer Vorschrift empfiehlt die

W. Nieker'sche Buchdr.
Altensteig, Tel. 11.

Altensteig.

Kirchliche Wahlversammlung!

Am Montag, den 26. Mai, abends 8¹/₂ Uhr wird

Prälat D. von Römer, Stiftsprediger
in Stuttgart

geistlicher Kandidat zur Landeskirchenversammlung für die Bezirke Nagold und Herrenberg, in hiesiger Stadtkirche zu den Wählern von hier und Umgebung sprechen.

Jedermann ist freundlich eingeladen.

Der Wahlauschuß
für die Kandidatur Römer-Bauer.

Nagold.

Wahl zur Landeskirchenversammlung.

Wer da will, daß die ev. Kirche künftighin allen religiösen Bedürfnissen gerecht werde, daß sie neutral bleibe und liebevoll alle Volksteile gleichmäßig umfasse, der trete mit dem Stimmzettel für die Kandidaten

Prokurist Schumacher in Nagold

Stadtpfarrer Bölter in Wildberg

ein und bekunde damit, daß er jede kirchliche Bevormundung des Volkes verwerft.

Die Deutsch-demokratische Partei
Die Sozialdemokratische Partei.

Michalden, 25. Mai 1919.

Codes-Anzeige.



Tieferschüttert teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß heute früh 1 Uhr unsere herzengute Mutter, Schwester und Schwägerin

Maria Bruder Witwe

geb. Frey

nach einem langen, schweren Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefstem Schmerze:

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag nachmittag 1 Uhr.

2 Ahornstämme

mit 2 Festmeter hat zu verkaufen

Finkbeiner, Wagner
Altensteig.

Altensteig.

Maikäfer

pfund- oder literweise kauft
Becker senior.

Altensteig.

Lumpen

kauft fortwährend zu den Tagespreisen

G. Steeb
obere Stadt.

Geforderte:

Calw: Kathrine Mack, geb. Schumacher, 71 J.

Verloren

ging gestern morgen auf dem Waldweg von der Rohlmühle nach Altensteig ein blaues, seidenes

Tuch

Der Finder wird gebeten, dieses in der Geschäftsstelle ds. Blattes gegen Belohnung abzugeben.

Nagold.

Ein jüngerer zuverlässiger

Knecht

zu einem Pferd, kann eintreten bei
Walz & Anker.

Eine jüngere, fehlerfreie

Ruh



steht, weil entbehrlich, dem Verkauf aus.

M. Serger
Ettmannsweller.

Bank-Commandite Horb

Carl Weil & Cie. Horb a. N.

Wir halten nächsten Mittwoch, den 28. ds. Mts. in Nagold im Gasthof zur Post Zimmer Nr. 10 von 11-3 Uhr

Sprechstunde

ab.

Telefon Nr. 78.

Postscheck-Conto Stuttgart 2267.